

**Antrag 270/I/2019****Friedrichshain-Kreuzberg und andere****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Kein Einstieg ins Ausbürgerungsrecht – Strafverfolgung anstatt Entzug der Staatsbürgerschaft**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-  
2 rung und des Bundestages werden aufgefordert sich  
3 jedweden Bestrebungen zu widersetzen, vermeintlichen  
4 oder tatsächlichen Unterstützern des sog. „Islamischen  
5 Staates“ die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Unterstüt-  
6 zer und Mitglieder von Terrororganisationen gehören  
7 durch das Strafrecht, nicht durch Ausbürgerung bestraft.  
8 Das sind die Methoden von Diktaturen, nicht von recht-  
9 staatlich verfassten Demokratien. Die SPD duldet keinen  
10 Einstieg in ein allgemeines Ausbürgerungsrecht!

11

**12 Begründung**

13 Laut aktuellen Medienberichten plant die Bundesregie-  
14 rung eine Gesetzesinitiative, um deutschen IS-Kämpfern  
15 die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Damit soll die Rück-  
16 kehr der entsprechenden Personen verhindert bzw. ihre  
17 Abschiebung ermöglicht werden. Da das Grundgesetz den  
18 Entzug der Staatsbürgerschaft nur dann erlaubt, wenn  
19 die betroffenen Personen dadurch nicht staatenlos wer-  
20 den, kommen nur Inhaber einer doppelten oder mehrerer  
21 Staatsbürgerschaften in Betracht.

22

23 Der Entzug der Staatsbürgerschaft stellt keine adäquate  
24 Form der Bestrafung da. Straftaten gehören durchs Straf-  
25 recht geahndet, nicht durch das Staatsbürgerrecht. Die  
26 Möglichkeit zu schaffen, Menschen bei einem bestimm-  
27 ten - wenn auch rechtswidrigen und verbrecherischen –  
28 Verhalten die Staatsbürgerschaft zu entziehen, käme dem  
29 Einstieg in ein allgemeines Ausbürgerungsrecht gleich.  
30 Die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ist  
31 auch ohne diese zweifelhafte Form der Bestrafung zu ahn-  
32 den. Ausbürgerung und Abschiebung verlagern das Pro-  
33 blem mit IS-Kämpfern umzugehen nur von Deutschland  
34 weg in die entsprechenden Drittstaaten. Damit drückt  
35 sich Deutschland um seine Verantwortung, mit straffälli-  
36 gen Mitgliedern seiner Gesellschaft umzugehen und ver-  
37 sucht das Problem an Dritte weiterzureichen.

38

39 **Begründung Initiativcharakter:** Auch wenn die Diskussion  
40 um rechtliche Maßnahmen gegen deutsche IS-Kämpfer  
41 schon länger währt, haben Vertreter der Bundesregierung  
42 erst zu Beginn der Woche (4. März) verlautbaren lassen,  
43 in dieser Frage eine Einigung erreicht zu haben und in be-  
44 schriebener Weise handeln zu wollen. Der Initiativcharak-  
45 ter ergibt sich aus dieser jüngsten Entwicklung.